



DRINGEND

PWG-HINWEIS: VERSTÄRKUNG DER AUSWIRKUNGEN DER ANERKENNUNG PALÄSTINAS

Angesichts der französisch-saudischen Initiative zur Förderung der internationalen Anerkennung des Staates Palästina und des Impulses durch die Ankündigung von Präsident Emmanuel Macron, dass Frankreich Palästina bei der bevorstehenden UN-Generalversammlung im September 2025 anerkennen wird, haben weitere Länder, darunter Großbritannien, Kanada, Australien, Malta, Luxemburg, San Marino und Portugal, signalisiert, dass sie ebenfalls diesen Schritt gehen werden. Damit schließen sich diese Länder Schweden an, das 2014 als erstes westeuropäisches Land Palästina anerkannt hat, sowie Irland, Norwegen, Spanien und Slowenien, die dies im Mai und Juni 2024 getan haben.

Wir begrüßen die Anerkennung des Staates Palästina in dieser kritischen Zeit, in der Israels brutaler Krieg gegen Gaza kurz vor seinem dritten Jahr steht, israelische Geiseln unter höllischen Bedingungen in der Gefangenschaft der Hamas festgehalten werden, die Bevölkerung von Gaza in einem verwüsteten Gebiet hungert und die Palästinenser im Westjordanland zunehmender Gewalt ausgesetzt sind, die sie von ihrem Land vertreiben soll.

Wir sind der Ansicht, dass die Anerkennung mehr als eine symbolische Geste sein muss und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser, die Einführung des Zwei-Staaten-Modells und die Gewährung der Gleichberechtigung beider Parteien zum Ausdruck bringen sollte, was zu *einer gleichberechtigten Achtung* von Israelis und Palästinensern führen würde.

Da die Anerkennung ein grundlegendes Element für die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ist, sind wir der Ansicht, dass Erklärungen zur Anerkennung Palästinas inhaltlich reichhaltig sein sollten, um die Bedeutung dieser Anerkennung zu unterstreichen und sie mit dem Völkerrecht zu verknüpfen. Dementsprechend fordern wir die Aufnahme eines ausdrücklichen Verweises auf die Grenzen vom 4. Juni 1967 als Grundlage für die Festlegung der Grenzen zwischen den beiden Ländern mit der Feststellung, dass alle Änderungen, auch in Bezug auf Jerusalem, von den Parteien im Einklang mit der Resolution 2334 des UN-Sicherheitsrats vereinbart werden müssen.

Darüber hinaus schlagen wir vor, dass Erklärungen zur Anerkennung Palästinas einen Verweis auf das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur israelischen Besatzung enthalten, in dem festgestellt wurde, dass alle Staaten verpflichtet sind, das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes zu achten und „keine Änderungen der physischen Beschaffenheit oder der demografischen Zusammensetzung, der institutionellen Struktur oder des Status des am 5. Juni 1967 von Israel besetzten Gebiets, einschließlich Ostjerusalem, anzuerkennen, es sei denn, die Konfliktparteien haben dies durch Verhandlungen vereinbart“.

Wir sind der Ansicht, dass diejenigen Staaten, die den Staat Palästina anerkennen, deutlich machen sollten, dass sie damit auch ihre Anerkennung der Legitimität des Staates Israel innerhalb der Grenzen von 1967 mit zwei Hauptstädten in Jerusalem bekräftigen und dass dieser Schritt den beiden Parteien einen politischen Horizont für die Verwirklichung von Sicherheit und Stabilität in der Region eröffnet.

VORSITZENDER

Botschafter (a. D.) Ilan Baruch

KOMMUNIKATIONSLEITER

Frau Susie Becher

ADVOCACY-TEAM

Botschafter (a. D.) Prof. Eli Barnavi * Prof. Daniel Bar-Tal * Herr Bradley Burston * Herr Akiva Eldar * Prof. Galia Golan Prof. Amiram Goldblum * Prof. David Harel * Prof. Menachem Klein * Botschafter (a. D.) Dr. Alon Liel * Herr Shemuel Meir Prof. Yossi Mekelberg * Frau Jessica Montell * Herr Mossi Raz * Herr Hillel Schenker * Prof. Dmitry Shumsky * Herr Nadav Tamir

„Wir wissen nur zu gut, dass unsere Freiheit ohne die Freiheit der Palästinenser unvollständig ist.“ (Nelson Mandela, 1997)